

#GrundeinkommenwirdGrundsatz

Was ist ein Grünes Grundeinkommen?

mit Prof. Michael Opielka



Was ist ein Grünes Grundeinkommen?

Vortrag Sommer-Talk-Reihe „Grundeinkommen wird Grundsatz“,
23. Juli 2020

Prof. Dr. Michael Opielka
ISÖ – Institut für Sozialökologie, Siegburg

23.07.2020, 19:00
per Online-Video-Konferenz

Zukunftslabor Schleswig-Holstein

Demographie und Digitalisierung #ZLabSH

Was gleich kommt

1. Das Zukunftslabor in Schleswig-Holstein
2. Was muss ein Grünes Grundeinkommen alles lösen?
3. Wie sieht ein Grünes Grundeinkommen aus?



Herausgegeben von Michael Opielka

Problemstellung

Abbildung: Einbettung der Delphi-Befragung im Projekt Zukunftslabor

Projektzeitplan ZLabSH

Dezember 2018 bis April 2019

Literaturstudie Demographie und Digitalisierung

Mai bis September 2019

Entwicklung Zukunftsszenarien und Reformszenarien, Erfahrungsstudie

Oktober 2019 bis Mai 2020

Vertiefung Reformszenarien und Folgenabschätzung

Juni bis Oktober 2020

Entwurf Abschlussbericht und Öffentliche Diskurse

November 2020 bis Januar 2021

Veröffentlichung Abschlussbericht und Zukunftskonferenz

Quelle: Eigene Darstellung

ISÖ-Text 2019-1

Zukunftslabor Schleswig-Holstein

Demographie und Digitalisierung #ZLabSH



Herausgegeben von Michael Opielka



ISÖ – Institut für Sozialökologie gemeinnützige GmbH
ISÖ – Institute for Social Ecology non-profit company

ISÖ-Text 2020-1

Zukunftslabor Schleswig-Holstein

Zukunftsszenarien und Reformszenarien



Michael Opielka und Sophie Peter

Unter Mitarbeit von Kathrin Ehmann und Timo Huflesz

ISÖ – Institut für Sozialökologie gemeinnützige GmbH
ISÖ – Institute for Social Ecology non-profit company

11.9.2019 – 17.11.2019
Validierung, Exploration und
Evaluation der Zukunfts- und
Reformszenarien in der Delphi-
Befragung



Die Veröffentlichung dieser Studie ist derzeit durch einstweilige Verfügung LG Flensburg auf Veranlassung Jamaika-Koalition / FDP-Sozialministerium verboten

Delphi im Zukunftslabor

- ExpertInnen, Mitglieder des Beirat und der IMAG
- Gruppendiskussion im World-Café
- Real-Time-Delphi mit „Mentimeter“

Abbildung: Real-Time-Delphi Zukunftsworkshop Sozialministerium Kiel



Quelle: <https://www.isoe.org/projekte/veranstaltungen/zukunftsworkshop-im-zukunftslabor-schleswig-holstein-zlabsh-kiel-13-9-2019/>

Delphi im Zukunftslabor

Abbildung: Real-Time-Delphi Zukunftsworkshop
Fachhochschule Kiel

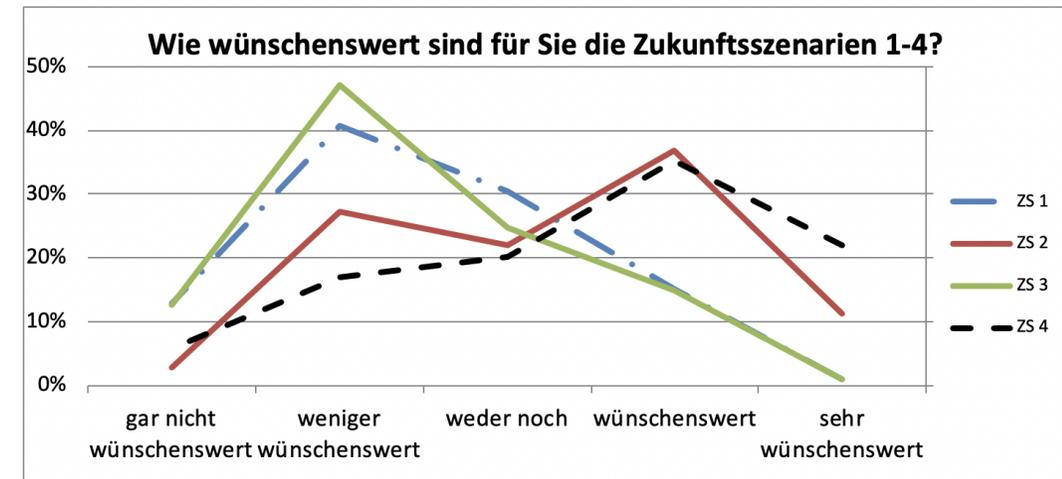
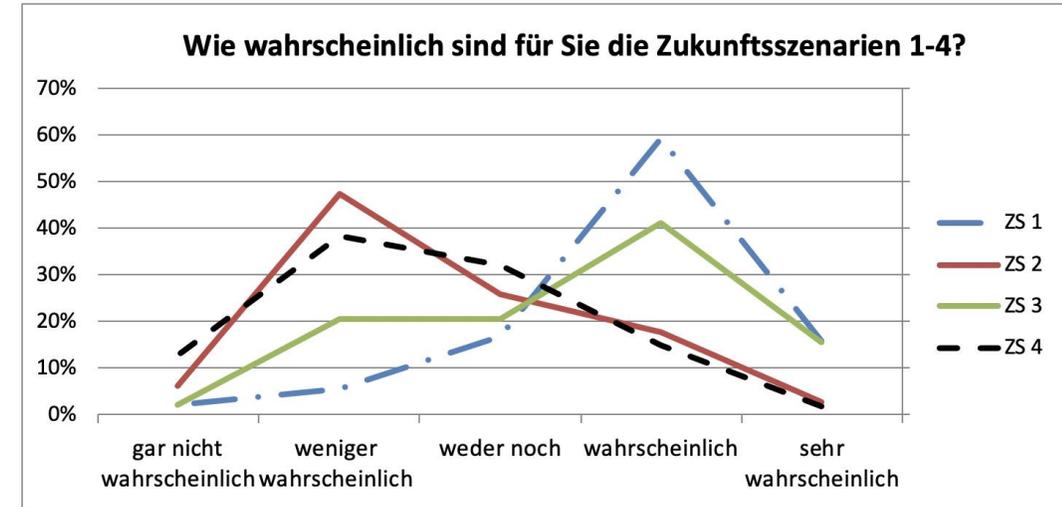


Quelle: <https://www.isoe.org/projekte/veranstaltungen/zukunftsworkshop-im-zukunftslabor-schleswig-holstein-zlabsh-an-der-fh-kiel-4-11-2019/>

- Studierende der Studiengänge Soziale Arbeit, Wirtschaftswissenschaften, Agrarwirtschaft, Elektrotechnik, sowie Medien- und Kommunikationswissenschaften
- Durchführung des Online-Delphi über Notebooks und Smartphones
- Präsentation und Diskussion der Ergebnisse

Delphi-Ergebnisse Zukunftsszenarien

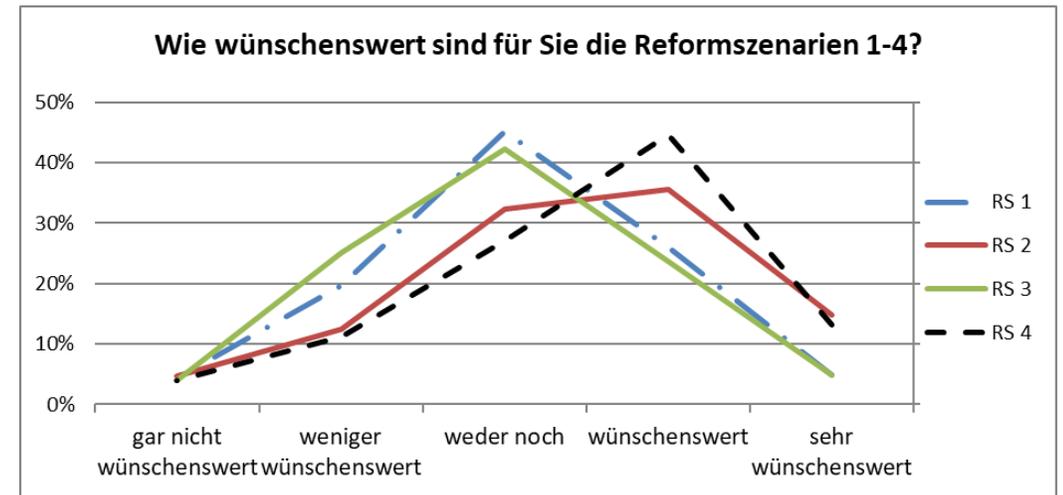
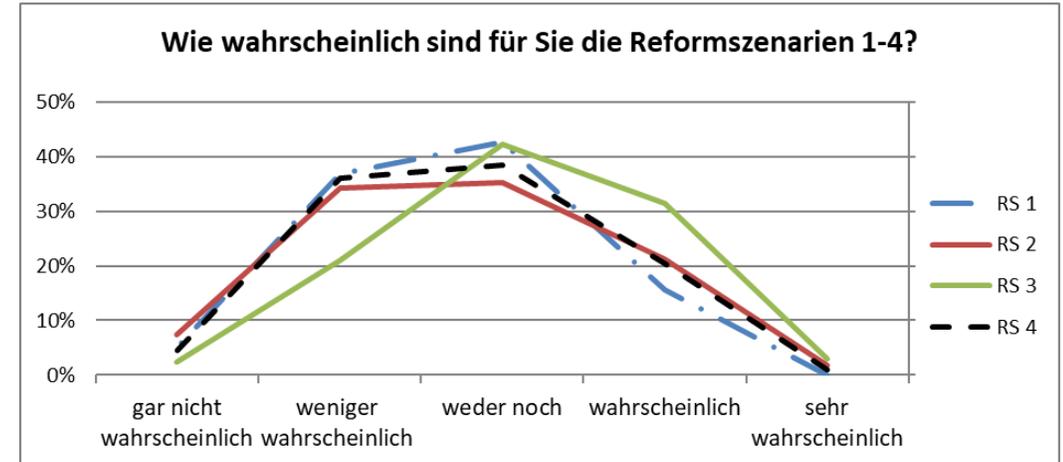
- Integration der Ergebnisse des Online-Delphi
 - 1. Welle Delphi: 19.9 – 5.11.2019
 - 2. Welle Delphi: 8.11 – 17.11.2019
- Einbeziehung der Zukunftswerkshops am 13.9. und am 4.11.2019 (FH Kiel)
 - *Zukunftsszenario 1 „Markt und Eigeninitiative“*
 - *Zukunftsszenario 2 „Starker Staat“*
 - *Zukunftsszenario 3 „Gemeinschaft zählt“*
 - *Zukunftsszenario 4 „Teilhabe für alle“*



N=234

Delphi-Ergebnisse Reformszenarien

- Integration der Ergebnisse des Online-Delphi
 - 1. Welle Delphi: 19.9 – 5.11.2019
 - 2. Welle Delphi: 8.11 – 17.11.2019
- Einbeziehung der Zukunftsworkshops am 13.9. und am 4.11.2019 (FH Kiel)
 - *Reformszenario 1 „Bürgergeld“*
 - *Reformszenario 2 „Grundeinkommen“*
 - *Reformszenario 3 „Sozialversicherung“*
 - *Reformszenario 4 „Bürgerversicherung“*



N=234

Vier Reformszenarien – nach Delphi-Befragung

Bürgergeld (mit Bürgerpauschale)	Grundeinkommen (mit steuerfinanziertem Gesundheits- und Pflegesystem)	Sozialversicherung (mit Grundsicherung bzw. Garantiesicherung)	Bürgerversicherung (mit Grundeinkommens- versicherung)
<p>Das Bürgergeld in Form einer „Negativen Einkommensteuer“ dient vor allem der Unterstützung der Arbeitsmarkt- und Leistungsmotivation in den unteren Arbeitsmarktsegmenten. Die Bürgerpauschale für Gesundheit und Pflege dient der Förderung des Wettbewerbs zwischen gesetzlichen und privaten Kranken-/Pflegekassen.</p>	<p>Das Grundeinkommen in Form einer „Sozialdividende“ steht jeder/m legalen EinwohnerIn monatlich zu und unterliegt (analog „Primäreinkommen“) der Einkommensteuer- und Sozialversicherungsbeitragspflicht. Das Gesundheits-/Pflegesystem wird vollständig aus Steuermitteln finanziert.</p>	<p>Beitragsfinanzierte, lebensstandardsichernde („Bismarcksche“) Sozialversicherung mit „Sockelung“ durch bedarfsorientierte Grundsicherung („Garantiesicherung“). Gesundheits-/Pflegeversicherung wie bisher im gegliederten System (GKV, PKV, Beihilfe).</p>	<p>Grundeinkommensversicherung nach dem Modell der Schweizer AHV in allen Risikolagen für Geldleistungen (Alter, Arbeitslosigkeit, Elternschaft, Krankheit, Behinderung, Kindheit, Ausbildung) und für den Risikobereich Gesundheit/Pflege.</p>

<https://www.isoe.org/aktuelles/news/delphi-befragung-im-zukunftslabor-gestartet-ihr-expertinnen-wissen-ist-gefragt-beteiligen-sie-sich/>

Was muss ein Grünes Grundeinkommen alles lösen?



Leben im Mangel

Jugendliche sind in Deutschland von Armut betroffen. Wie kann das sein?

weise gar kein Kurzarbeitergeld erhalten. Viele arme Kinder drohten dadurch Raster zu fallen", warnt Bertelsmann-Vorstand Jörg Dräger. Viele Leistungsangebote staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Natur konnten während Corona-Lockdowns nicht fortgesetzt werden. Auch beim Homeschooling Kinder aus armen Verhältnissen beteiligt. Seltener verfügen sie über endgültige technische Voraussetzung für einen ruhigen Platz zum Lernen. Fast die Hälfte der Kinder wohnt in einer Wohnung, in der nicht ausreichend Zimmer zur Verfügung stehen.

Wurde in den letzten Jahren getan? In den vergangenen Jahren viel Geld in die Hand genommen – ohne den Skandal der Welt schaffen zu können. Die Milliarden für den Ausbau von Ganztagesbetreuungseinrichtungen, sodass Alleinerziehende Mütter mehr Freizeit erhalten, ein Ausbau der Erwerbsarbeit nachzugehen. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket versuchte die damalige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (2009 bis 13) kostenfreie öffentliche Angebote für Kinder zu implementieren. Allerdings stellte sich heraus, dass viele Berechtigte sie nicht nutzen. Mit dem „Starke-Familien-Gesetz“ weitete die Bundesregierung 2019 den Kinderzuschlag für einkommensschwache Familien aus. Auch viele Bundesländer bemühen sich um Abhilfe, etwa indem sie die Gebühren für öffentliche Betreuungseinrichtungen übernehmen.

Was hat Corona die Situation verschärft? Die Eltern benachteiligter Kinder und Jugendlicher trifft die Krise besonders hart. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder als Minijobber und gehören deswegen zu der Gruppe, die als Erste ihre Jobs verlieren oder vergleichsweise wenig bezie-

hoben. Die Stiftung fordert „eine transparente und Teilhabesichernde finanzielle Leistung für Kinder und Jugendliche, die Armut vermeidet.“ Mehrere Bundestagsparteien haben sich bereits für eine Grundsicherung für Kinder ausgesprochen. Auch aus Sicht des Jugendforschers Klaus Hurrelmann wäre ein Kindergrundsicherung sinnvoll. Aktuell würden nämlich etwa Hartz-IV-Empfänger nicht von Erhöhungen des Kindergeldes profitieren.

Aus Hurrelmanns Sicht ist es nicht damit getan, dass arme Familien mehr Geld bekommen. „Natürlich besteht die Gefahr, dass in einem armen Haushalt das Geld zuerst dort investiert wird, wo es fehlt und nicht zuerst in den Bildungsprozess der Kinder gesteckt wird.“ Fast noch wichtiger sei deshalb die Qualität der Kindergärten und Schulen zu verbessern. Besonders gefördert werden müssten Schulen in sozialen Brennpunkten. Diese müssten besonders gute Lehrer und eine besonders gute technische Ausstattung bekommen. Hurrelmann plädiert für eine Entbürokratisierung beim Bildungs- und Teilhabepaket. Eltern mit wenig Geld können beispielsweise beantragen, für ihre Kinder Zuschüsse beim Mittagessen zu bekommen. „Die Formulare sind für einige Eltern der Horror“, sagt Hurrelmann. Hier müsste es Automatismen geben, dass die Schulen für alle registrierten benachteiligten Kinder solche Formulare einreichen. Nur in enger Abstimmung von Familien-, Steuer-, Wohnungs-, Arbeits-, Sozial- und Justizpolitik scheinen Fortschritte möglich. In der in Bezug auf das Kindeswohl modellhaften Stadt Dormagen klappt das offenbar. Dort sorgte ein engagierter Bürgermeister dafür, dass die benachteiligten Familien kurz nach der Geburt Hilfe anbieten und sich die Politik an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientiert. Ergebnis: In vielen Kennzahlen steht die Gemeinde besser da.

Wie ist die Lage in Berlin? In Berlin sind besonders viele Kinder von Armut betroffen: 161 319 Kinder gelten hier als arm, das sind 27 Prozent aller Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die Zahl ist zwar hoch, hat sich seit 2014 aber leicht verbessert: Damals waren noch 31,8 Prozent betroffen. Im April 2017 wurde von der rot-rot-grünen Regierung eine Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut eingerichtet, um die Situation arbeitsfähiger Familien zu verbessern. Ein Ergebnisbericht liegt noch nicht vor, er soll dieses Jahr erscheinen. Um den Zugang zu Kitas möglichst früh und niedrigschwellig zu ermöglichen, sind die Berliner Einrichtungen seit 2018 gebührenfrei. Die Bildungsverwaltung verwies am Mittwoch außerdem auf den Ausbau von Familienzentren, einen verbesserten Betreuungsschlüssel in den Kitas und die Ausweitung des Ganztagesangebots. Sowohl Arbeitsministerin Elke Breitenbach (Die Linke) als auch Bildungsministerin Sandra Scheer (SPD) setzen sich für eine Kindergrundsicherung ein, die von den Machern der Studie gefordert wird.

Wo in Europa ist die Lage besser? Experte Hurrelmann nennt die Niederlande und Dänemark als Beispiele für Staaten, die besser abschnitten. Diese gäben tendenziell sogar eher weniger Geld in die Familien. „Stattdessen wird darauf geschaut, dass die schwachen Kinder so früh wie möglich eine gewaltige Förderung erhalten.“ Auch werde versucht, den Bildungsweg so lange wie möglich offen zu halten und Kinder nicht schon früh nach unterschiedlichen Schulformen aufzuteilen. Hurrelmanns Schlussfolgerung: „Die besseren Ergebnisse erzielt man, wenn zwar die Eltern unterstützt werden, aber ein bisschen stärker noch die öffentlichen Institutionen. Weil sie alles machen können, was die Eltern nicht schaffen.“

„Der beste Schutz: Wenn beide arbeiten“

Juliane Seifert über den Kampf gegen Kinderarmut

Frau Seifert, warum bleibt in einem so reichen Land wie Deutschland die Kinderarmut über Jahre konstant, obwohl viele Bundesregierungen seit Jahren versprochen, dagegen vorzugehen?

Jedes Kind in Deutschland muss die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben. Kein Kind darf in Armut aufwachsen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Es stimmt, dass die Zahl der Kinder, die in Armut lebt, zu hoch ist. Deswegen hat Bundesfamilienministerin Franziska Giffey in dieser Legislatur bereits viel umgesetzt, um Familien und Kinder zu unterstützen. Aber es dauert, bis sich die neuen Leistungen in der Statistik niederschlagen. So hat sich beispielsweise die Zahl der Kinder aus Familien mit kleinen Einkommen, die den Kinderzuschlag erhalten, von Januar bis Juni 2020 von 300 000 auf 800 000 Kinder erhöht. Diese Zahlen konnten noch nicht in die aktuellen Analysen einfließen.

Was hat die Regierung in den letzten Jahren gegen das Problem unternommen?

Im Koalitionsvertrag wurde durchgesetzt, dass entschieden gegen Kinderarmut vorgegangen wird. Das Familien- und das Arbeitsministerium unterstützen Familien mit kleinen Einkommen jetzt finanziell besser durch das Starke-Familien-Gesetz. Der Kinderzuschlag von bis zu 185 Euro im Monat pro Kind wurde deutlich ausgeweitet. Die hohen Steigerungszahlen habe ich schon genannt. Das Arbeitsministerium hat die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets verbessert und entbürokratisiert. So sind jetzt beispielsweise das Mittagessen in der Schule

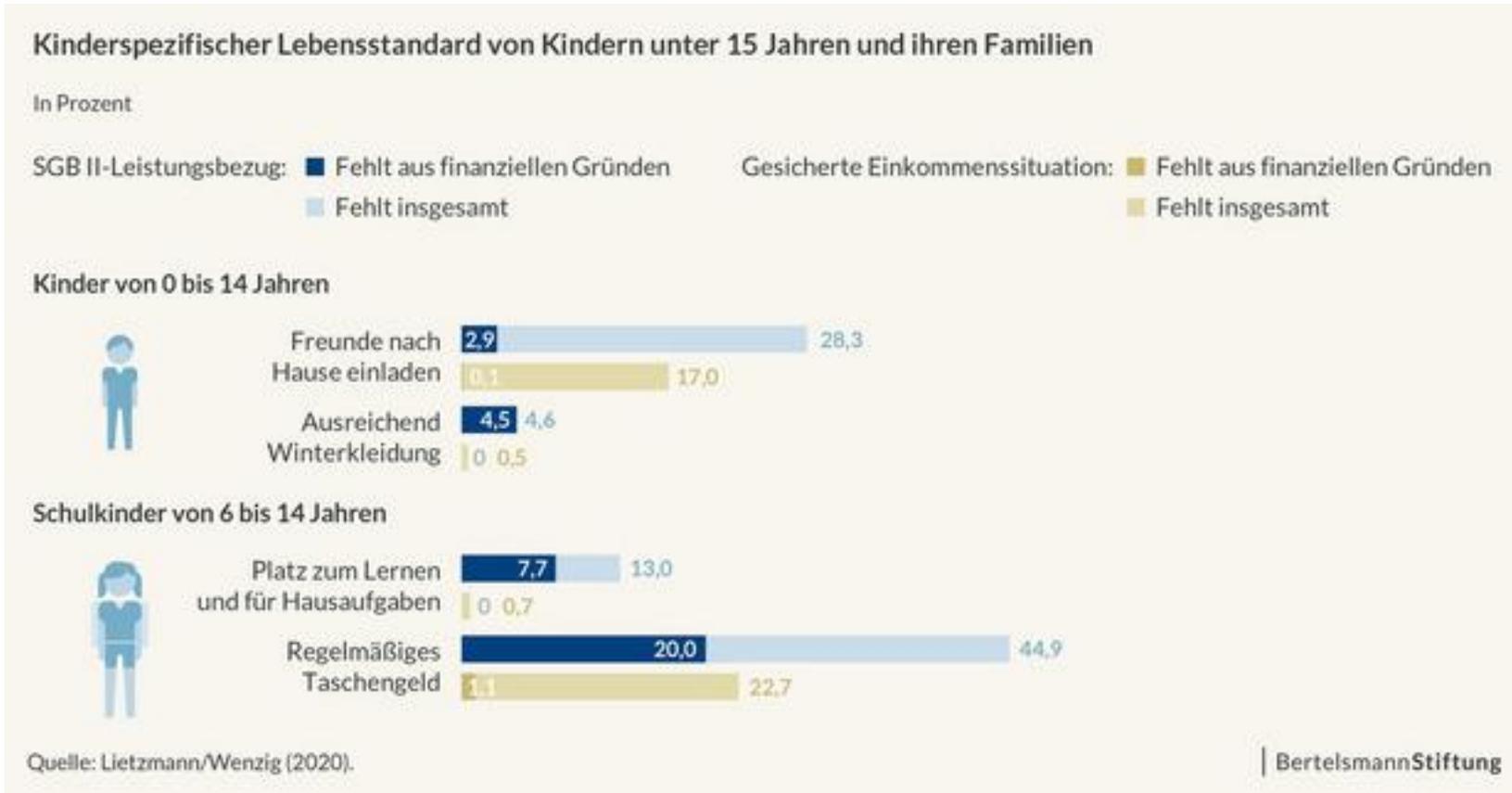


Juliane Seifert ist seit März 2018 Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium. Die 42-jährige Historikerin war SPD-Bundesgeschäftsführerin. Das Gespräch führte Hans Monath.

weit und der steuerliche Entlastungsbetrag erhöht. Außerdem erhalten jetzt mehr Alleinerziehende den Kinderzuschlag. Zentraler Punkt für die Alleinerziehenden ist aber eine verlässliche Kinderbetreuung. Auch deshalb haben wir uns in der Krise dafür eingesetzt, die Notbetreuung schnell für Alleinerziehende zu öffnen.

Quelle: Der Tagesspiegel v. 23.7.2020

Was muss ein Grünes Grundeinkommen alles lösen?



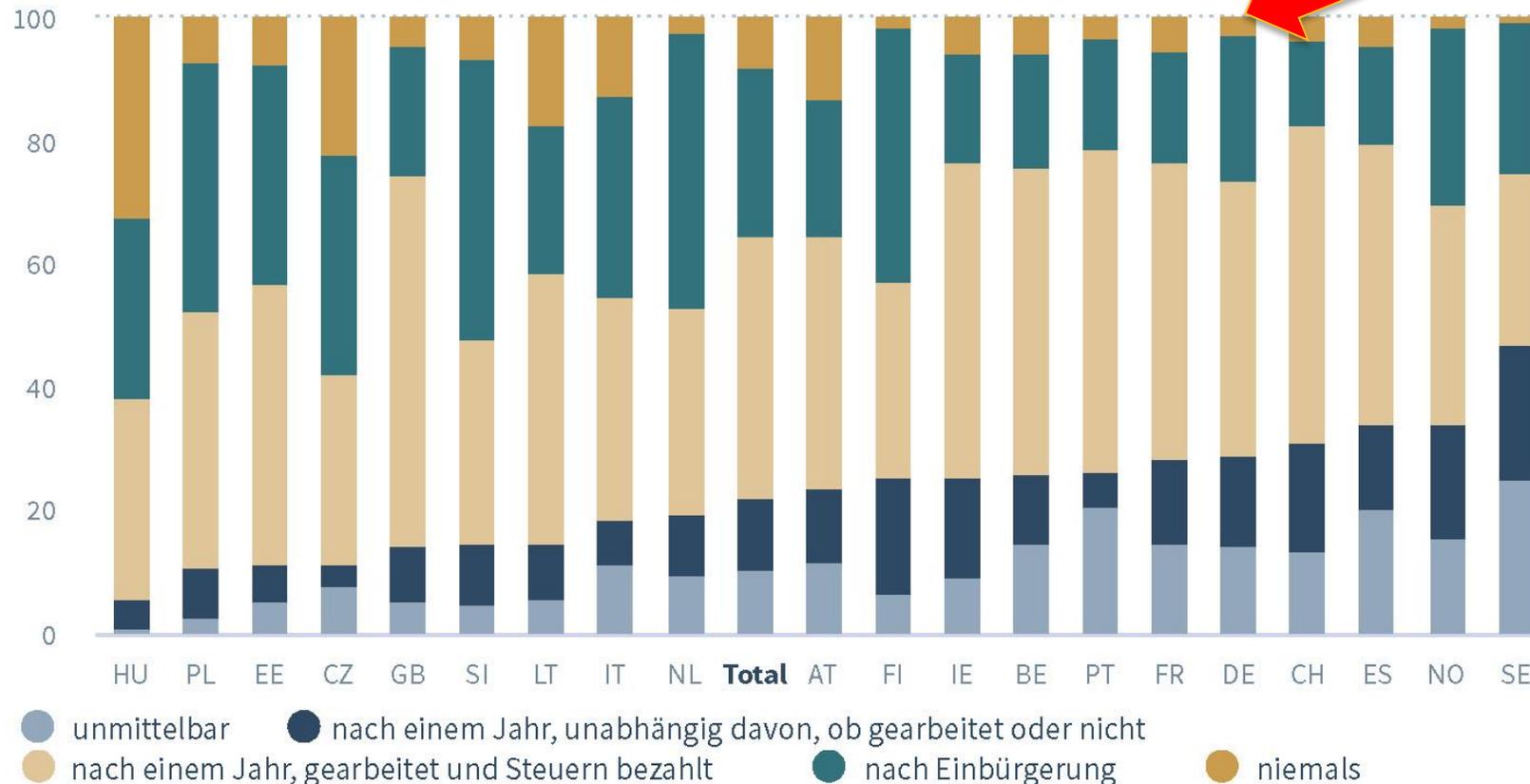
Quelle: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/juli/kinderarmut-eine-unbearbeitete-grossbaustelle>

Was muss ein Grünes Grundeinkommen alles lösen?

Hohe Sozialstaatskonditionalität für Zuwanderer

Wann sollten Zuwanderer die gleichen Rechte auf Sozialleistungen bekommen?

Anteil der Grundeinkommens-Befürworter in Prozent



Sortierung der Länder nach dem Anteil der Grundeinkommens-Befürworter, die Zuwanderern mindestens eine Arbeitsmarktkonditionalität auferlegen möchten. Quelle: European Social Survey (2016/17)

„spricht sich auch hierzulande die deutliche Mehrheit der Grundeinkommens-Befürworter für substantielle Bedingungen für Zuwanderer aus. Selbst unter denjenigen, die ein Grundeinkommen besonders stark präferieren, möchten knapp 38 Prozent der Befragten in Deutschland Zuwanderern erst sozialstaatliche Leistungen zubilligen, wenn sie mindestens ein Jahr gearbeitet haben; weitere 22 Prozent bestehen auf den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft.“

Quelle: Matthias Diermeier, Judith Niehues, **Bedingt bedingungslos - widersprüchliche Sozialstaatspräferenzen**, IW-Kurzbericht 85-2020, S. 2



ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

17 ZIELE, DIE UNSERE WELT VERÄNDERN



Was ist eine „Grundeinkommensversicherung“?

Sie bedeutet, die Idee des Grundeinkommens mit der Idee der Bürgerversicherung als Strukturreform des Wohlfahrtsstaates zu verknüpfen. Hier bietet die Schweiz mit der Alterssicherung AHV ein referendumsfähiges, bewährtes Modell. Alle Einkommensarten werden mit einer zweckgebundenen Sozialsteuer verbeitragt, ohne Obergrenze. Dafür werden die Beiträge insgesamt niedriger, da auch die Erhebungsbasis deutlich größer ist. Zugleich werden die Leistungsbeträge in einem Korridor – die Schweiz verwendet 1 zu 2, d.h. die Leistungen erreichen maximal das Doppelte der Grundrente – gesockelt und gedeckelt. **Es spricht sozialpolitisch und sozialrechtlich nichts dagegen, dieses Bürgerversicherungsprinzip auf alle Geldleistungssysteme des Sozialstaats auszuweiten.** Als sogenannte „Grundeinkommensversicherung“ wurde für 2004 ein Beitragssatz von 17,5%, also für Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Kindergeld, Elterngeld, Bafög und Krankengeld berechnet. Je höher das Leistungsniveau – was den Sockel, also das Grundeinkommen, und was die Breite des Korridors, also den Höchstleistungsbetrag betrifft -, desto höher der Beitrag.

Michael Opielka, Strukturprobleme der Finanzierung der sozialen Sicherheit aus sozialwissenschaftlicher Sicht. Das Grundeinkommen als zentrale sozialpolitische Innovation, in: Masuch, Peter et al. (Hrsg.), Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht. Band 2, Berlin: Erich Schmidt, 2015, S. 735-754

Leistungsbereich	Leistung	Beitrag in Prozent (auf alle Einkommen)
Renten	972 - 1.944 €	10
Übergangszuschlag Renten		2
Arbeitslosengeld	810 - 1.620 €	1,5
Elterngeld	810 - 1.620 €	0,5
Kindergeld	je Kind 202 € (plus bis 202 € Zuschlag)	2
Krankengeld	810 - 1.620 €	0,2
Ausbildungsgeld	810 € (davon 50% Darlehen)	0,3
Grundsicherung (partielles Grundeinkommen, „Bafög für alle“)	810 € (davon 50% Darlehen)	1
Beitrag GEV insgesamt (auf Einkommen lt. ESt, ohne Bemessungsgrenze/„Sozialsteuer“)		17,5

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, 2. Aufl., Reinbek: Rowohlt 2008, S. 258 -
Rechnerischer Grundbetrag im Jahr 2004: 640 € = ALG II, 2018: ca. 810 €

Abbildung: Modell Grundeinkommensversicherung (GEV) – Leistungen und Beiträge

Reformszenarien im Zukunftslabor

Szenariotyp	GE 1	GE 2	GE 3	GE 4
Technische Beschreibung	Negative Einkommensteuer / Bürgergeld	Sozialdividende / („bedingungsloses“) Grundeinkommen	Sozialversicherung & Grundsicherung	Grundeinkommensversicherung
Erläuterung / Varianten	<i>plus private Vorsorge, betriebl. Vorsorge, ggf. Sozialversicherungen</i>	<i>partielles Grundeinkommen/ Teilgrundeinkommen (z.B. Kindergeld) / existenzsicherndes GE</i>	<i>Sozialversicherung zur Lebensstandsicherung Grundsicherung bedarfsgeprüft</i>	<i>Prinzip Bürgerversicherung und Sozialsteuer, ergänzend betriebliche und private Vorsorge</i>
Mischtypus 1		Garantiesicherung (bedarfsorientierte Grundsicherung ohne Sanktionen)		
Mischtypus 2	Teilgrundeinkommen mit Grundeinkommensversicherung			
Soziallogik	Leistungslogik / Lohnlogik	Gleichheitslogik	Leistungs- und Bedarfslogik	Befähigungs-/Teilhabelogik

Vier Reformszenarien – vier grüne Optionen

Bürgergeld (mit Bürgerpauschale)	Grundeinkommen (mit steuerfinanziertem Gesundheits- und Pflegesystem)	Sozialversicherung (mit Grundsicherung bzw. Garantiesicherung)	Bürgerversicherung (mit Grundeinkommens- versicherung)
<p>Das Bürgergeld in Form einer „Negativen Einkommensteuer“ dient vor allem der Unterstützung der Arbeitsmarkt- und Leistungsmotivation in den unteren Arbeitsmarktsegmenten. Die Bürgerpauschale für Gesundheit und Pflege dient der Förderung des Wettbewerbs zwischen gesetzlichen und privaten Kranken-/Pflegekassen.</p>	<p>Das Grundeinkommen in Form einer „Sozialdividende“ steht jeder/m legalen EinwohnerIn monatlich zu und unterliegt (analog „Primäreinkommen“) der Einkommensteuer- und Sozialversicherungsbeitragspflicht. Das Gesundheits-/Pflegesystem wird vollständig aus Steuermitteln finanziert.</p>	<p>Beitragsfinanzierte, lebensstandardsichernde („Bismarcksche“) Sozialversicherung mit „Sockelung“ durch bedarfsorientierte Grundsicherung („Garantiesicherung“). Gesundheits-/Pflegeversicherung wie bisher im gegliederten System (GKV, PKV, Beihilfe).</p>	<p>Grundeinkommensversicherung nach dem Modell der Schweizer AHV in allen Risikolagen für Geldleistungen (Alter, Arbeitslosigkeit, Elternschaft, Krankheit, Behinderung, Kindheit, Ausbildung) und für den Risikobereich Gesundheit/Pflege.</p>

<https://www.isoe.org/aktuelles/news/delphi-befragung-im-zukunftslabor-gestartet-ihr-expertinnen-wissen-ist-gefragt-beteiligen-sie-sich/>

ISÖ

Institut für
Sozialökologie

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Weitere Informationen erhalten Sie online unter:

<https://www.isoe.org/projekte/laufende-projekte/zukunftslabor-schleswig-holstein-wissenschaftliche-koordination/>

<https://www.isoe.org/projekte/vortraege/online-delphi-in-der-zukunftsforschung-zur-sozialpolitik-26-6-2020/>

und zum Zusammenhang von Grundsatzprogrammmentwurf der Grünen und Zukunftslabor:

<https://www.isoe.org/aktuelles/blog/gruene-grundsaeetze-ohne-grundeinkommen-die-lehren-aus-dem-zukunftslabor/>

ISÖ

Institut für
Sozialökologie